

Heute noch brieflich abstimmen



Sibel Arslan,
Nationalrätin BasA!

JA ZUR
GEMEINSAMEN
PLANUNG

**NEIN ZUR UNISPITAL
AKTIENGESELLSCHAFT**

Auf und davon

Zwölf Kaderärzte haben in den letzten drei Monaten das Kantonsspital Baselland verlassen. Nicht nur den Standort Bruderholz, sondern hauptsächlich den Hauptsitz in Liestal.



Auch in Liestal hat das KSBL zahlreiche Abgänge zu verkraften. MARTIN TOENGLI

VON SAMUEL HUFSCHMID

Das Bruderholzspital galt bisher als Klotz am Bein des Kantonsspitals Baselland (KSBL). Seit der Fusion der drei kantonseigenen Spitäler werden hier die grössten Defizite geschrieben, die besten Ärzte laufen davon. Recherchen zeigen nun: Nicht nur das Bruderholz ist betroffen, sondern auch am Standort Liestal sind zahlreiche Abgänge von Kaderärzten zu beklagen. Alleine in den letzten drei Monaten haben zwölf Ober- und Leitende Ärzte das KSBL verlassen; das ist mehr als jeder 20. Kaderarzt. Sechs der zwölf Abtrünnigen waren ausschliesslich am Hauptstandort in Liestal tätig, zwei weitere sowohl in Liestal als auch auf dem Bruderholz. Und gemäss aktueller Mitarbeiterliste des Kantonsspitals ist bisher keiner der zwölf Abgänge ersetzt worden.

Das KSBL bestätigt die zwölf Abgänge seit Ende Oktober 2018. Sprecherin Anita

Kuoni sagt: «Es gehört jedoch zur Tagesordnung, dass Oberärzte, die noch in der Ausbildung zum Facharzt stehen, Kliniken wechseln und deshalb - oft auch nur vorübergehend - das KSBL verlassen.» Sechs der zwölf Stellen seien bereits wieder besetzt, die Eintritte würden zwischen Januar und Juni erfolgen. Bei vier Stellen laufe der Rekrutierungsprozess und lediglich zwei Stellen würden nicht wieder besetzt. «Über alle Standorte hinweg verzeichnen wir eine stabile und in Spitälern übliche Fluktuation um 10 Prozent.»

«Abgänge sind besorgniserregend» Gesundheitsökonom Willy Oggier lässt solche gruppenübergreifenden Fluktuationszahlen nicht gelten. Er sagt: «Operiert werde ich als Patient an einem einzelnen Standort. Wenn dort 20 Prozent des Personals fehlen, dann hilft es mir wenig, dass der Personalbestand in der ganzen Gruppe relativ konstant ist.» Für Oggier sind vor allem die drei Leitenden Ärzte, die das KSBL

«Leitende Ärzte sind Aushängeschilder der Spitäler und wichtig, um für Privatversicherte attraktiv zu bleiben.»

WILLY OGGIER
GESUNDHEITSÖKONOM

in den letzten drei Monaten verlassen haben, besorgniserregend. «Leitende Ärzte sind Aushängeschilder der Spitäler und wichtig, um für Privatversicherte attraktiv zu bleiben.» Oggier sagt, dass es auch für Leitende Ärzte Gründe gebe, den Arbeitsort zu wechseln, etwa wenn sie am neuen Ort zu Chefärzten werden. Recherchen zeigen jedoch, dass dies in mindestens zwei von drei Fällen nicht so war. Ein Leitender Arzt im Bereich Hämatologie wechselt in derselben Stellung in die Ostschweiz, eine leitende Ärztin im Bereich Rehabilitation und Altersmedizin zu einem spezialisierten Privatspital im Kanton Aargau. Und auch mehrere Oberärzte wechselten ihren Arbeitgeber, ohne in der Hierarchie aufzusteigen.

Fusion als einzige Perspektive

Im September noch versprach KSBL-CEO Jürg Aebi gegenüber dieser Zeitung, weitere Abgänge von Kaderärzten zu verhindern, indem den Angestellten neue Perspektiven

geboten würden. Darauf angesprochen, dass dies offenbar nicht gelungen sei, wird klar, dass alle Hoffnungen in die Spitalfusion gesteckt werden. «Wir zeigen auf, welche Perspektiven sich durch die Neuausrichtung ergeben: neue Chancen im Universitätsspital Nordwest, Schwerpunktbildungen an den Standorten, Bündelung der Kompetenzen, attraktive und familienfreundliche Stellen in der zukünftigen Tagesklinik auf dem Bruderholz.»

Gesundheitsökonom Oggier sagt, dass die Unsicherheiten auch bei einer Fusion nicht einfach so verschwinden. «Wenn der Eindruck da ist, dass einer der beiden Fusionspartner mächtiger ist als der andere, dass der Kleinere also eher geschluckt wird, dann beginnen die Ärzte, sich umzuschauen. Und die, die als erste gehen, sind eher diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt gute Chancen haben und entsprechend einfach und schnell eine neue Stelle finden. Also genau die, die man eigentlich als Spital nicht ziehen lassen will.»

Niemand will es gewesen sein

Der Hauseigentümergebieterverband verrät nicht, wer die Stimmrechtsbeschwerden betreffend Mehrwertabstimmung eingereicht hat.

VON MICHEL ECKLIN

Werden die Baselbieter am 10. Februar über die Mehrwertabgabe abstimmen können oder nicht? Diese Frage stellt sich, nachdem zwei Stimmrechtsbeschwerden eingereicht worden sind, die die Absetzung des Urnengangs fordern. Hintergrund ist der Verdacht, 68 gegnerische Gemeinden hätten unrechtmässig Steuergelder im Abstimmungskampf verwendet.

Entscheidend für die Durchführung der Abstimmung wird die Zwischen-

verfügung sein, die die Landeskanzlei nächste Woche veröffentlichen wird. Diese ist zwar während zehn Tagen anfechtbar - also bis nach dem vorgesehenen Abstimmungstermin. Doch das würde nichts an einer Absage oder einer Bestätigung der Abstimmung ändern. Denn: «Die Anfechtung einer Zwischenverfügung hat bei Stimmrechtsbeschwerden in der Regel keine aufschiebende Wirkung», erklärt der 2. Landschreiber Nic Kaufmann auf Anfrage. Unklar ist, ob die Beschwerdeführer oder die 68 Gemeinden, gegen die sich die Beschwerde richtet, die Zwischenverfügung überhaupt anfechten dürfen. Anfechtungsberechtigt sind nämlich nur Personen, die einen «nichtwiedergutmachenden Nachteil» geltend machen können, so das kantonale Verwaltungsverfahrensgesetz. Beschliesst die Landeskanzlei die Abset-

zung der Abstimmung, muss das danach die Regierung in einer ordentlichen Verfügung anordnen. Auch dies ist anfechtbar, durch alle Instanzen hinweg. Der Abstimmungstermin ist dann zwar bereits ungenutzt verstrichen. Die 68 Gemeinden könnten sich aber wehren gegen Auflagen, die ihnen die Regierung im neuen Abstimmungskampf auferlegen könnte, etwa Zurückhaltung mit Propaganda.

Wer die beiden Beschwerden eingereicht hat, das weiss niemand - oder zumindest will es niemand sagen. Naheliegend wären Befürworter der Vorlage. Diese wären in FDP- und SVP-Kreisen zu finden. Doch die Parteispitzen winken ab. «Die Beschwerden sind noch nicht bis zu mir gedrungen», sagt FDP-Präsidentin Saskia Schenker. Auch SVP-Parteipräsident Oskar Kämpfer ist ahnungslos. Von Gegnern

der Vorlage ist der Verdacht zu hören, der Hauseigentümergebieterverband (HEV) habe Einzelpersonen zu Beschwerden angeregt. Dieser hatte vor zwei Wochen mitgeteilt, er begrüsse es ausdrücklich, wenn seine Mitglieder Stimmrechtsbeschwerden einreichen würden. Gestern wollte die HEV-Geschäftsstelle auf Anfrage aber nichts über die Urheberchaft sagen, mit Hinweis auf die Abwesenheit des Präsidenten Christoph Buser.

Den Namen des einen Beschwerdeführers gesehen hat der Therwiler Gemeindepräsident Reto Wolf, der Sprecher der 68 Nein-Gemeinden. Verraten will er ihn nicht. «Von der Person habe ich noch nie gehört», sagt er. Einem möglichen Rechtsstreit blickt er zuversichtlich entgegen. Die Gemeinden hätten abklären lassen, ob sie sich im Abstimmungskampf engagieren dürfen.

INSERAT

Privat in der Klinik



In der Psychiatrie Baselland habe ich neuen Lebensmut geschöpft.

Burnout – Lebenskrisen – Panikattacken

PSYCHIATRIE
BASELLAND

www.pbl.ch/privatklinik